



Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten - Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung

Die Bundesregierung erwartet nach dem Rückgang um 5 Prozent im vergangenen Jahr für das Jahr 2010 ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent. Das geht aus dem Jahreswirtschaftsbericht hervor, den das Kabinett am 27. Januar 2010 beschlossen hat. Bisher hatte sie mit lediglich 1,2 Prozent Wachstum gerechnet. Die Arbeitslosenzahlen sollen um 320.000 auf 3,7 Mio. Arbeitsuchende im Jahresdurchschnitt steigen. Ob damit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt bereits in Gänze abgebildet seien, sei allerdings noch nicht absehbar. Dem Jahreswirtschaftsbericht zufolge bleibt der Preisanstieg mit 1,1 Prozent vergleichsweise moderat. Das gesamtstaatliche Defizit steigt infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf knapp 6 Prozent an. Unbeschadet des notwendigen Konsolidierungskurses will die Bundesregierung bei Zukunftsbereichen wie Bildung, Forschung, Technologie politische Akzente setzen.

Startschuss für die Gemeinsame Geschäftsstelle Elektromobilität

Die „Gemeinsame Geschäftsstelle Elektromobilität“ (GGE) hat zum 1. Februar 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Sitz ist das Bundeswirtschaftsministerium; die Leitung liegt beim BMVBS, das BMWi stellt den Stellvertreter. Ziel der Bundesregierung ist es, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität wird. Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Am 3. Mai 2010 soll im Kanzleramt ein Gipfeltreffen zur Elektromobilität unter der Leitung von Bundeskanzlerin Merkel stattfinden.

Bürokratieabbau kommt voran

Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2010 „Eckpunkte zum Bürokratieabbau und zur besseren Rechtsetzung in der 17. LP“ beschlossen:

- Das Ziel, Informationskosten der Wirtschaft um netto 25 Prozent bis Jahresende 2011 abzubauen, wird als Gesamtziel konkretisiert: Die Umsetzungspläne der Ministerien werden bis 1. Juli 2010 zu einem Gesamtumsetzungsplan für die Bundesregierung zusammengeführt.
- Der Blickwinkel wird über die Betrachtung der Informationspflichten hinaus erweitert: Künftig wird der gesamte Erfüllungsaufwand, den neues Bundesrecht für Bürger,

Wirtschaft und Verwaltung nach sich zieht, einbezogen.

- In besonderen zentralen Bereichen – darunter die Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs- und Prüfungsfristen nach Handels-, Steuer-, und Sozialrecht oder das Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben – sollen im Jahr 2010 Vereinfachungsprojekte durchgeführt werden. Das Abbauziel von 25 Prozent gilt auch hier.
- Im Zuge der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Erweiterung des Mandates des Nationalen Normenkontrollrates sollen verstärkt auch Befristungsmöglichkeiten für neue Regelungen geprüft werden.
- Europäisches Recht rückt stärker als bisher in den Fokus; hierzu wird die Bundesregierung eine nachvollziehbare Folgeschätzung für neue EU-Vorhaben einfordern und insbesondere eigene Vereinfachungsvorschläge einbringen.

Ebenfalls im Kabinett beschlossen wurden Änderungen der Vergabeverordnung, die zu deutlichen Verfahrenserleichterungen für Bau-, Liefer- und freiberufliche Dienstleistungen (VOB, VOL, VOF) führen. Sie bilden den Abschluss von Reformen der vergangenen Legislaturperiode. Als Eignungsnachweise der Unternehmen über Fachkunde, Eignung und Leistungsfähigkeit werden künftig statt behördlicher Nachweise grundsätzlich Eigenerklärungen gefordert. Von den Neuerungen wird eine Minderung der Bürokratiekosten um 40 Prozent bzw. 250 Mio. Euro erwartet.

Imagekampagne des Handwerks

Zu Jahresbeginn hat das Handwerk eine Imagekampagne gestartet. Ziel ist es, die Bedeutung des Handwerks als wichtigen Wirtschaftszweig zu unterstreichen und seinen gesellschaftlichen Stellenwert zu betonen. Zudem sollen Jugendliche für die Ausbildung im Handwerk gewonnen werden. Die Imagekampagne ist auf zunächst fünf Jahre angelegt. (Weitere Informationen finden sich unter www.handwerk.de)



SMS der Hoffnung für Kinder in Haiti

Helfen kann man per SMS mit dem Stichwort UNICEF an die Telefonnummer 81190.

Von 5 Euro je SMS (zzgl. der Gebühr zum Versand einer SMS) gehen 4,83 Euro direkt an

UNICEF für die Nothilfe in Haiti.

